

# „Laßt uns so tun, als seien wir souverän“

## Über die Politik der Ostverträge

Egon Bahr und Günter Gaus im Gespräch

*Egon Bahr, Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt in der Zeit der Großen Koalition von 1967 bis 1969 und später Bundesminister für besondere Aufgaben unter Bundeskanzler Willy Brandt, gilt als einer der Architekten der Entspannungspolitik und war u.a. maßgeblich an der Ausarbeitung des Moskauer Vertrags von 1970 und des Grundlagenvertrages mit der DDR von 1972 beteiligt. Günter Gaus leitete von 1974 bis 1981 die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR und handelte in dieser Eigenschaft diverse Nachfolgeverträge zum Grundlagenvertrag aus. Das nachstehende Gespräch über die damalige Entspannungs- und Vertragspolitik und deren Lehren für die Gegenwart, vom Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) für die von Günter Gaus geleitete Sendereihe „Zur Sache – und über Personen“ produziert, strahlte der ORB erstmals am 14. Juni 2000 aus. Wir veröffentlichen nachstehend eine leicht redigierte Fassung des Gesprächs. – D. Red.*

**Günter Gaus:** Die Außenpolitik Willy Brandts als Bundeskanzler nach 1969 war vor allem Ostpolitik. Eine notwendige Ergänzung zur Westpolitik Adenauers, des ersten Bundeskanzlers, 20 Jahre vorher, 1949. Brandts Entspannungspolitik basierte auf Gewaltverzichtsverträgen mit dem Ostblock, zu dem auch die DDR gehörte. War diese Anerkennung des Status quo die Voraussetzung für die allmähliche Veränderung des Status quo in Europa?

Egon Bahr, Willy Brandts engster außenpolitischer Mitarbeiter, führte die ersten konkreten Verhandlungen mit Moskau, er handelte den Grundlagenvertrag mit der DDR aus, die Basis der neuen deutsch-deutschen Beziehungen. Mich holte Brandt 1973 als Staatssekretär ins Kanzleramt. 1974 wurde ich der erste Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei der DDR und folgte danach als der bundesrepublikanische Unterhändler mit der DDR.

Diese Entspannungs-, diese Vertragspolitik, was hat sie bedeutet in der Vergangenheit, und: Gibt es Lehren, die man aus ihr ziehen kann, für die Gegenwart?

Stand die deutsche Frage von Anfang an im Mittelpunkt Eurer vertragspolitischen Absichten, oder war es ein Nebenprodukt der gesamteuropäischen Entspannung?

**Egon Bahr:** Als Planungschef im Auswärtigen Amt, 1967, in der Großen Koalition, haben wir angefangen zu überlegen: Was kann man tun, um zur deutschen Einheit zu kommen? Meine erste Frage war: Was gibt es eigentlich im Auswärtigen Amt für Überlegungen, um zur deutschen Einheit zu kommen? Ergebnis:

Null. Weißes Papier, Schubladen leer. Also habe ich gesagt: Laßt uns anfangen. Und die Reaktion der Kollegen war: Das können wir gar nicht. Wir haben nämlich in allen ganz Deutschland und Berlin betreffenden Fragen nichts zu melden. Das bleibt weiter der Vorbehalt der Vier Mächte. Und es ist doch völlig klar, daß die Besiegten nicht über die Sieger bestimmen können.

In dieser Situation haben wir gesagt: Laßt uns so tun, als seien wir souverän. Laßt uns unsere Interessen definieren. Mal sehen, was passiert, wenn die Deutschen anfangen, sich zu bewegen. Was können wir eigentlich?

*Gaus:* Beide deutsche Staaten? Oder der westdeutsche Staat?

*Bahr:* Nein, erst mal der westdeutsche Staat. Und das Ergebnis war: Der westdeutsche Staat kann natürlich überhaupt nicht ernsthaft Politik machen oder sich überlegen, wenn er den ostdeutschen Staat ausklammert. Das war der Generalvorbehalt gegen das, was Schröder als Außenminister der kleinen Koalition...

*Gaus:* Man muß dazu sagen: Das war der Gerhard Schröder von der CDU, nicht der jetzige...

*Bahr:* Das ist wohl wahr. Es lebe der kleine Unterschied.

*Gaus:* Klein genug!

*Bahr:* Wissen wir nicht genau. – Aber, jedenfalls war völlig klar, es mußte zum Scheitern verurteilt sein, wenn man versuchte, mit Rumänien oder Polen oder der Tschechoslowakei Politik zu machen, Beziehungen zu machen unter Ausklammerung der DDR...

*Gaus:* Was Schröder versucht hat...

*Bahr:* Das mußte ja geradezu die Folge haben – hatte es ja auch –, daß sich alle um die DDR scharten und solidarisierten. D.h. der Unterschied, ein Unterschied war: Wir denken von vornherein daran, die DDR voll einzubeziehen, und – das war ein großer Punkt von Brandt in der ersten Regierungserklärung 1969 – sie als Staat zu bezeichnen.

*Gaus:* Aber nicht als Ausland...

*Bahr:* Nicht als Ausland.

*Gaus:* Und das war der entscheidende Punkt. In der Großen Koalition, unter dem CDU-Kanzler Kiesinger mit dem SPD-Außenminister Brandt 1967-69, da hat jedenfalls Kiesinger noch nicht unter allen Umständen mitgespielt, was Ihr im Auswärtigen Amt, Brandt und Du, Euch über die Einbeziehung der DDR gedacht habt.

*Bahr:* Das ist richtig, aber wir waren der Auffassung, die Große Koalition würde fortgesetzt werden. Wir haben eine Politik entwickelt im Interesse des Landes insgesamt. Das wurde dann viel leichter mit der FDP.

*Gaus:* Bleiben wir beim Umgang mit der DDR. Ich greife jetzt mal zeitlich ein bißchen voraus: Als ich 1975 den ersten großen Vertragsabschluß mit der DDR gemacht hatte, da kam auf einem Botschafterempfang in Ostberlin der sowjetische Botschafter Abrassimow auf mich zu und sagte, nach einer sehr kurzen Gratulation, zum Verhandlungsergebnis ganz unmißverständlich: zu viel, zu schnell. Das heißt, die Einbeziehung der DDR anstelle des Versuchs, sie über Bulgarien und Rumänien zu umgehen, mußte immer doch unter dem Vorbehalt stehen: Der Schlüssel liegt in Moskau, auch für die DDR. Oder ist das falsch gesehen?

*Bahr:* Nein, das ist richtig gesehen, bloß muß man sich darüber im klaren sein: Es konnte nur bei der Führungsmacht beginnen, nämlich Moskau. Und es konnte nur mit der anderen Führungsmacht, nämlich Washington, beginnen. In Übereinstimmung beider mußte etwas versucht werden. Beide waren mißtrauisch. Beide haben gesagt, wenn Entspannung, dann machen wir sie. Breschnew formulierte das fast identisch und wortgleich wie Kissinger auf der anderen Seite. Wir haben die Interessen beider in Betracht gezogen und haben gesagt: Wir wollen etwas. Und wir haben – im Prinzip muß man das ja auch zugeben – über die Köpfe der DDR verhandelt, sowohl die Russen wie die Bonner. Und haben so verhandelt, daß die DDR gar nicht anders konnte, weil die Interessen der Sowjetunion an der Bundesrepublik Deutschland (alt) größer waren. Weil die gesagt haben, das sind die mächtigeren Deutschen, das sind die gewichtigeren Deutschen, die wirtschaftlich stärkeren Deutschen. Wenn wir nicht mit diesen Deutschen in ein gutes Verhältnis kommen, dann haben wir keine Europapolitik mit Aussicht. Und das war nun umgekehrt geradezu die Sorge im Westen: Machen die Deutschen etwas, was sie dann zwischen Ost und West bringt? Was ihnen eine Selbständigkeit bringt und wozu dann Dir der Abrassimow gesagt hat: zu viel und zu schnell. Was muß man da noch befürchten, was, um Gottes willen, kommt da noch? Wir haben das berücksichtigt, indem wir sagten, die Sache muß ein Prozeß werden, der ständig unter Kontrolle bleibt. Das führte dann bis zum Grundlagenvertrag

*Gaus:* Schließlich mußtet Ihr mit der DDR direkt verhandeln.

*Bahr:* Na, was denn sonst?

*Gaus:* Eben. Das war kurz bevor ich in dieses Geschäft hineinkam. Das heißt, Du hast den Grundlagenvertrag über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit Michael Kohl, Chefunterhändler der DDR zu der Zeit, ausgehandelt.

*„Wir glaubten, nun wird die DDR auch eigene Interessen entwickeln“*

Ich war immer überzeugt: die künftigen deutsch-deutschen Beziehungen würden – nachdem der Grundlagenvertrag abgeschlossen war, die ständigen Vertretungen, das heißt die Botschaften, errichtet – konkret immer in Bonn passieren und beschlossen werden, nicht in Ostberlin, wo ich sitzen würde und dann saß. Es kam genau andersrum. Es geschah alles in Ostberlin, wenig in Bonn. Ich dachte in Bonn, weil dort Du sitzt, und weil Michael Kohl dort als der Ständige Vertreter der DDR saß. Du hast mir mal gesagt, sehr früh, ich solle unbesorgt sein, nach Deiner Einschätzung werde ganz viel in der DDR-Hauptstadt, in Ostberlin, geschehen, weil die DDR ein System habe, das die Zentrale begünstigte. Und Michael Kohl sei nun nicht mehr Zentrale, sondern sei Botschafter in einem anderen Staat – Ständiger Vertreter in Bonn. Du hast damit recht behalten. Inwieweit war das dann in Bonn ein erledigtes Kapitel, um das man sich nicht mehr besonders kümmern mußte? Du hast Michael Kohl nicht mehr gemocht, wie du mir gesagt hast. Du hattest nach ich weiß nicht wie vielen Verhandlungen auch die Nase voll von ihm.

Bahr: Nein, das ist falsch. Also, wenn man so wahnsinnig viele Verhandlungen gehabt habt, dann kennt man das Gegenüber, nicht? Aber ich habe doch eine wirklich gute persönliche Beziehung zu ihm entwickelt, und es hat mir schrecklich leid getan, daß er viel zu früh gestorben ist. Ich hätte gerne noch mit ihm – hinterher – geredet.

Gaus: Jetzt würde man gerne mit ihm reden.

Bahr: Der andere Punkt war: In dem Augenblick, in dem es den Grundlagenvertrag gab – der bis zur deutschen Einheit gelten sollte, was er ja auch getan hat, und im Prinzip nicht mehr verändert werden mußte –, wurde unser Gewicht oder das Gewicht unserer Politik für die DDR viel stärker. Wir glaubten, nun wird die DDR auch eigene Interessen entwickeln – und das wollten wir. Und damit wird sie flügge werden. International ist sie nun anerkannt und wird ihre eigenen Interessen zu wahren versuchen und dadurch ein bißchen selbständiger auftreten gegenüber der Sowjetunion. Der wichtigste Einzelpunkt des Grundlagenvertrages war für mich, neben der sowieso darin zu regelnden Materie, der Artikel 5, nämlich daß die beiden deutschen Staaten sich konsultieren würden in Fragen der Sicherheit für Europa. Daß das damals keinen Aufschrei gegeben hat, hat mich gewundert, denn im Grunde haben die beiden deutschen Staaten gesagt: Wir wollen uns konsultieren in einer Frage, die uns gar nichts angeht. Für Sicherheitsfragen waren nämlich die beiden großen Bündnisse da.

Gaus: Egon, sind wir jetzt nicht in unserem Gespräch an einem Punkt, an den solche – sagen wir – Detail-Künstler wie Du und ich, die sich gleichzeitig aber auch für Strategie engagieren, leicht geraten? Du erwähnst den Grundlagenvertrag, Artikel 5 – die beiden deutschen Staaten konsultieren einander in Fragen der europäischen Sicherheit – und wunderst Dich, daß die Welt nicht aufschreit und sagt, was maßen die sich an? Haben die denn nicht gerade diesen Krieg verloren und Schreckliches getan? Außerdem sind sie doch auch gefährlich, wenn sie wieder zusammen sind. Hast Du nicht rückblickend die Erfahrung gemacht: Unsereins, der Detailarbeiter, überschätzt oft die Folgen, die ein Detail in der öffentlichen Beachtung hat, bei den Politikern in der Arena sozusagen, nicht denen im Hinterzimmer, in dem Du saßest, so wie ich in einem kleineren Hinterzimmer saß. Die Politiker in der Arena, die lesen den Artikel 5 gar nicht.

Bahr: Na ja, sie lesen ihn schon, aber sie beachten ihn vielleicht nicht so...

Gaus: Und sie erkennen seine Bedeutung nicht!

Bahr:...und die öffentliche Meinung, oder die veröffentlichte Meinung, sieht natürlich mehr auf die Sensation, auf das grundsätzlich Neue, auf den Mut, der dazugehörte, daß man nun dieses Nullum, dieses „Phänomen“ DDR plötzlich gleichberechtigt behandelte, als Völkerrechtssubjekt behandelte. Da fiel es dann gar nicht mehr so auf, daß die sich eigentlich anmaßten, wie Du mit Recht gesagt hast, über europäische Sicherheitsfragen zu reden. Das lag daran, daß wir, um auf den Planungsstab des Auswärtigen Amtes zurückzukommen, gesagt haben: Die Nachbarn und die Vier Mächte werden Deutschland erst dann in die Freiheit seiner Einheit entlassen, wenn klar ist: a) die Grenzen in Europa...

Gaus: Ja, nicht nur zwischen Deutschland, links und rechts, sondern in Europa...

Bahr: – jawohl – und Gewaltverzicht ist der tragende Grundsatz zur Nichtveränderung der Grenzen, es sei denn, man stimmt darin überein oder verständ-

digt sich – schließlich sollte die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR verschwinden; und b) vom vereinigten Deutschland darf keine Kriegsgefahr mehr ausgehen. Die Deutschen müssen an der Leine liegen. So. Und das ist auch passiert, 1990. Da waren a) die Grenzen klar, b) hatte man Deutschland an die Leine der NATO gelegt, das heißt der vollen Kontrollierbarkeit.

*Gaus:* Ich würde ganz gerne noch in dem Zeitraum zwischen 1990 und dem Jahr 1972 (Abschluß des Grundlagenvertrags) das Thema Vertragspolitik – Entspannungspolitik durch Gewaltverzicht – ein bißchen ausfüllen, bevor wir dann zum Ende eines mehr oder weniger geglückten – bisher geglückten – Endes dieser Geschichte kommen. Ich habe als der Praktiker, der ich dann sehr gerne geworden war – ich bin sehr froh darüber, jeder Tag war mir recht –, als der Praktiker der Deutschlandpolitik, der deutsch-deutschen Politik, stark empfunden, daß die erste Phase dieser deutschen Politik auf unserer, der bundesrepublikanischen Seite konzipiert worden war, beginnend im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, dann 1969 im Kanzleramt, 1972 mit dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten. Dadurch waren normale – relativ normale, in der Anomalie einer Teilung – Beziehungen möglich geworden; die hatten mich nach Ostberlin geführt. Ich habe immer gedacht, die zweite Phase dieser Politik ist nicht mehr konzipiert worden, weil Brandt als Kanzler zurücktrat und Egon Bahr auf ein ganz anderes Feld kam, nämlich Entwicklungshilfeminister im Kabinett von Helmut Schmidt wurde. Hast Du je gesehen, daß da was fehlte, was liege geblieben war, das ich dann mit Notbehelfen versuchte zu füllen?

*„Wir müssen immer neue Themen auf dem Tisch haben“*

*Bahr:* Ja selbstverständlich. Also, mein Eindruck damals war: Der Schmidt hat keine besondere Neigung zu Ostpolitik oder zum Osten überhaupt. Und zweitens: Er hatte auch gar keine Zeit dazu; er mußte sich als Kanzler erst einmal in den Sattel setzen und die Ergebnisse der Ölpreisexplosion managen. Er hat zum ersten Mal Geschmack bekommen an dem, was Osten bedeutet, als er in Helsinki 1975 zwischen Ford und Honecker am Tisch saß. Dann hat er festgestellt, daß der Spielkamerad Breschnew gesundheitlich so angeschlagen war, daß er im Grunde nicht mehr operabel – oder operativ – war und hat geglaubt, er könne das mit seinem Freund Gieriek, den er sehr hoch geschätzt hat...

*Gaus:* Den er überschätzt hat...

*Bahr:* ...ersetzen. Und dann mußte er feststellen, das ist eine Überschätzung des Gewichtes Polens, und insofern hat er die DDR eigentlich erst wieder ernsthaft in den Blick genommen, als es um die Begegnungen mit Honecker ging. Eine Strategie hat es im Grunde nicht mehr gegeben.

*Gaus:* Das ist der Punkt. Ich glaube, das ziemlich schlechte Verhältnis, das ich als weisungsgebundener Missionschef und Staatssekretär zu meinem Dienstvorgesetzten, dem Bundeskanzler Schmidt, hatte, war allgemein bekannt. Die Spatzen piffen es von den Dächern. Dabei ging es immer um die Frage: Würde man auch nur in geringem Umfang verstehen, daß die DDR am Verhandlungstisch gehalten werden mußte? Weil Interessen auf dem Tisch lie-

gen. Damit sie nicht aufsteht, den Tisch verläßt und die Eintrittsgebühr für Rentner, wenn sie die DDR besuchen wollen, erhöht, den Mindestumtausch. Das heißt, es lagen unerledigte Themen zwischen den beiden deutschen Staaten auf dem Verhandlungstisch, an dem ich dann von 1974 an Platz nahm. 1978 war das mit den großen Verträgen über Teltow-Kanal, Autobahn Hamburg, Transitstrecken und Transitgebühren abgetragen. Und ich habe mir wirklich Fusseln an den Mund geredet im Kanzleramt, um zu sagen: Wir müssen immer neue Themen auf dem Tisch haben, dazu müssen wir sie auch in die mittelfristige Finanzplanung einbeziehen. Zu diesem konzeptionellen Denken war Bonn, nachdem es angefangen hatte, unter [den Bedingungen der] Routine nicht mehr imstande. Du sagst, als Du 1967 in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes kamst und fragtest, was habt ihr eigentlich in den Schubladen, war da nichts zu der Frage, was aus Deutschland werden soll. Und ich sage Dir: Es gab unter Schmidt auch keine Pläne mehr, was man nun weiter machen würde mit der zweiten Phase. Nichts!

*Bahr:* Doch. Es gab selbstverständlich Pläne. Erstens darfst Du meines Erachtens nicht vergessen, daß es eine Grundgegnerschaft gab zwischen Bonn und Ostberlin, die durch keinen Vertrag der Welt aus der Welt zu schaffen sein würde. Wenn der DDR-Außenminister Winzer gesagt hat, Wandel durch Annäherung ist Aggression auf Filzlätschen, dann war das das gleiche wie sehr viel später, als ein anderer DDR-Vertreter [Prof. Otto Reinhold, 1989] sagte: Wir brauchen nicht zwei kapitalistische Deutschland, wenn wir eins haben, reicht das. Das sozialistische muß der Gegensatz bleiben, sonst funktioniert das Ganze nicht.

*Gaus:* Das ist nicht das Problem gewesen. Das Problem war: Anders, als das unsere öffentliche Meinung und auch die meisten Politiker dachten, waren wir ja, obwohl wir das dicke Geld hatten, bei den Verhandlungen mit der DDR, wenn es ums Konkrete ging, eigentlich immer die Schwächeren. Für die paar Leute aus der DDR, die nun ausreisen durften mit ihrem Auto, hätten wir die Autobahn Berlin nicht gebaut, das heißt, ich hätte die nicht, überwiegend mit Schalck, 1978 ausgehandelt. Wir haben sie ausgehandelt für die Westberliner. Das hieß aber, die DDR konnte immer sagen: Ihr seid die Bittsteller, Ihr seid die Fordernden, Ihr wollt was, das kostet was. Wir waren, im Umgang mit der DDR, nicht so stark, wie wir nach außen schienen. Ich habe mit der DDR 17 Verträge abgeschlossen, 15 davon gab es nur, weil Westberlin da liegt, wo es liegt, nämlich nicht in der Lüneburger Heide.

*Bahr:* Ja, das war sicher eine Schwäche. Wir haben sehr viel wegen Westberlin und für Westberlin getan, natürlich. Aber darin lag auch eine ungeheure Stärke, denn die DDR konnte im Prinzip nicht wirklich konsolidiert werden, solange es dieses strahlende Juwel, diese Attraktion Westberlin gab. Und die Frage, ob wir dafür ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger Geld aufbringen mußten, die spielte eigentlich keine Rolle.

*Gaus:* Egon, ich hab' die Verträge ausgehandelt, mich muß Du nicht... Ich bin schon katholisch. Der Punkt ist nur: Hast Du damit gerechnet, daß es zu unseren Lebzeiten die staatliche Vereinigung gibt?

*Bahr:* Nein.

*Gaus:* Ich auch nicht. So. Wenn also davon auszugehen ist, daß wir und die, die nach uns kommen, noch längere Zeit mit der Existenz von zwei Staaten leben müssen, dann gibt es für den, der es konkret praktisch machen muß, das Bedürfnis, irgendwo in der Hinterhand ein Gewicht zu haben, das man auf den Tisch legen kann, wenn die DDR anfängt, verrückt zu spielen. Das hat man nicht auf den Tisch gelegt.

*Bahr:* Ja gut, aber das ist nur der eine Punkt. Der andere Punkt war, daß natürlich die Hoffnung darin lag, daß die beiden deutschen Staaten einmal gemeinsame Interessen entwickeln würden. Und die haben sie entwickelt. In dem Augenblick nämlich, als es um die Stationierung von neuen Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik, auf dem Boden der DDR als Antwort darauf, ging, da begann das gemeinsame Interesse der beiden deutschen Staaten am Überleben wirksam zu werden. Das konzentrierte sich auf einen Punkt, den wir im Grundlagenvertrag – Konsultation in Sicherheitsfragen, Artikel 5 – gesehen hatten, und wurde so stark, daß der Honecker sich mehr aus dem Fenster lehnte als Kohl und sagte: Wir wollen das Teufelszeug nicht haben, wir wollen keinen Raketenzaun bilden. Wir müssen das atomare Inferno verhindern. – Die Sicherheitsfrage war für Deutschland immer eine Kernfrage und wird es bleiben. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt, daß die Sowjetunion Deutschland nicht mehr kontrollieren konnte, in dem Augenblick, in dem die Einheit da war, sondern weil das eine Machtfrage war zwischen Ost und West und natürlich der Westen immer gesagt hat: Dann müssen wir Deutschland wenigstens kontrollieren und an die Leine legen. Was dank der NATO auch passiert ist.

*Gaus:* Egon, wenn es zu der staatlichen Einheit nicht gekommen wäre, was weder Du noch ich zu unseren Lebzeiten erwartet haben, und ich glaube auch Helmut Kohl hat es nicht erwartet...

*Bahr:* Natürlich nicht.

*Gaus:* – womit ich seine Bedeutung nicht schmälern will –, dann hätte es doch darauf hinauslaufen müssen – und das fing ja schon an, als noch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler dran war, Helmut Schmidt –, daß es eine gewisse Selbständigkeit der DDR, eine Emanzipation der DDR von Moskau mit Unterstützung der Bundesrepublik geben mußte und auch gab. Und da kommt dieses vielleicht verständliche, aber nicht nützliche, dieses Überlegenheitsgefühl vieler Westdeutscher, die sich mit der Politik konkret beschäftigten oder auch nur Zeitgenossen waren, gegenüber der DDR als ein politischer Faktor ins Spiel. Man hat, denke ich, die Fähigkeit der DDR, außenpolitisch mitzuspielen, immer gemessen an dem Unterschied zwischen dem inneren System des Pluralismus und dem inneren System der Einparteienherrschaft. Man hat immer gedacht: Die werden von Moskau aus mit Knopfdruck regiert. Wurden sie aber nicht. Man kann die DDR, einen Staat dieser Größenordnung, nicht per Knopfdruck regieren. Das war aber der Hochmut im Westen. Laß mich eine sehr alberne, böse Erinnerung rekapitulieren. Als ich 1978 die Autobahn Berlin-Hamburg aushandelte, da kriegte ich Post von Westberliner Politikern, die mir schrieben: Wir müssen mehr zahlen – was soweit richtig war, es war wahnsinnig überteuert, aber wir taten es ja für Westberlin, nicht für Ostberlin – wir müssen bezahlen, dann sollen wir doch wenigstens das Recht haben, von den Geschwindigkeits-

begrenzungen auf der von uns finanzierten Autobahn auf dem Gebiet der DDR befreit zu sein. Das heißt, die Verbundenheit mit den Brüdern und Schwestern reichte nicht aus, mit 100 am Trabi vorbeizufahren, sondern man wollte 160 und mehr fahren dürfen. Dies ist nur ein Beispiel für die Grundhaltung, die es dann auch im politischen Zusammenspiel mit der DDR gegeben hat. Wir sind hinter unseren Möglichkeiten zurückgeblieben, als Gefangene unserer – ja, unserer Ideologie.

*Bahr:* Das war ein Punkt. Der andere Punkt, den man daneben sehen muß, ist natürlich, daß die DDR auch Sorge hatte, sich zu weit mit uns einzulassen, zu abhängig zu werden. Die hatten ja auch mit den Vorwürfen aus Moskau zu leben. Und wir dürfen doch nicht verkennen, daß mit dem Grundlagenvertrag und seine Folgerungen alle unsere Nachbarn und die Vier Mächte auf der einen Seite hoch zufrieden waren: Das ist nun die Bestätigung, die Deutschen haben sich mit der Teilung abgefunden ... Und gleichzeitig das Gegenteil: Na, ist da nicht irgendwas dabei, das die Deutschen, wenn sie können, vielleicht doch zusammen machen wollen? Ist das der Anfang der Einheit (was die wenigsten gedacht haben)? Also, diese Doppelgesichtigkeit oder -gewichtigkeit dessen, wie die Deutschen miteinander umgehen, war eine permanente, im Laufe der Zeit abnehmende Sorge in Ost und West. Ich werde nicht vergessen, wie ein Franzose mir gesagt hat, er liebe die Deutschen so sehr, daß er sie zweimal haben möchte. Zu der gleichen Zeit nahm der französische Botschafter in Moskau mich beiseite: Wie lange haben Sie mit dem Gromyko...? 55 Stunden inzwischen schon? Keiner von uns Botschaftern hat... Auch wenn Sie nicht zu einem Ergebnis kommen: Es wird die Lage in Europa verändern. Diese Bundesrepublik Deutschland wird ein Gewicht haben, das sie bisher nicht hatte.

Plus: Brandt an der Spitze bedeutete, daß man vor diesem Deutschland keine Sorge haben mußte. Das heißt, das zunehmende Gewicht äußerte sich darin, daß die Deutschen anfangen, sich selbst zu bewegen und nicht vor jedem Schritt gefragt haben, ob die Drei Mächte dem auch zustimmen. Natürlich wurden die konsultiert, natürlich informiert – insbesondere hinterher. Wenn die Deutschen sich nicht bewegen, ändert sich in Europa gar nichts. Und wenn wir uns nicht bewegt hätten, wäre die Entwicklung in Europa anders verlaufen.

*Gaus:* Die Vierergruppe zwischen den Botschaftervertretern der drei Westmächte und dem Bonner Auswärtigen Amt, die war wahrscheinlich der schwierigste Verhandlungspartner, den ich je hatte. Es war leichter, mit der DDR zu verhandeln als mit dieser Vierergruppe. Aber zurück zu dem Gewicht. 1983, als Helmut Kohl die Wahl gewann und als Bundeskanzler bestätigt wurde, da – bald danach – habe ich Honecker einen Brief von Willy Brandt übermittelt. Der Kontakt, der anhand dieses Briefes, den ich überbrachte, hergestellt wurde, führte zu Parteibeziehungen zwischen der SPD und der SED, die Du dann – vor allem sicherheitspolitisch – benutzt hast. Nachträglich gefragt: War es korrekt, daß wir das gemacht haben?

*Bahr:* Also es war formal eigentlich ganz unüblich und nicht ganz korrekt. Es war in der Sache nötig, weil wir geglaubt haben, dem Kohl kann man nicht trauen, wenn er Kontinuität verspricht. Inzwischen wissen wir, er hat das Versprechen gehalten, die Verträge sind ja nicht geändert worden, nicht ergänzt wor-



den, nicht gekündigt worden, was scherte ihn sein dummes Geschwätz von gestern oder vorgestern, er hat sie gehalten. Unser Punkt aber, und damit komme ich zurück auf die entscheidende Frage, war der folgende: Nach der Regelung im Grundlagenvertrag bekamen die europäischen Sicherheitsfragen die Schlüsselposition. Und wir haben deshalb sofort angefangen – natürlich auf der Parteebene –, sowohl mit Moskau wie mit der SED über europäische Sicherheitsfragen zu reden: Chemiewaffenfreiheit, atomwaffenfreier Korridor. Natürlich wurde das sofort wieder attackiert, und erst Helmut Kohl hat dann den atomwaffenfreien Korridor als großen Erfolg praktisch gemacht. Wir haben seinerzeit gesagt: Wir müssen sicher sein, daß Deutschland keine Gefahr mehr ist, dann könnten die Nachbarn und die Vier Mächte geneigt sein, Deutschland in die Einheit zu entlassen.

„Was kann man aus der Vertragspolitik für die Zukunft lernen?“

*Gaus:* Jetzt sind wir an dem Punkt angekommen, den wir in diesem Dialog schon früher gestreift haben: das Jahr 1990, die staatliche Einheit, und nun also der Umgang des Westens mit dem von Grund auf veränderten Rußland, Osteuropa dazwischen... Was kann man aus der Vertragspolitik – die, wenn man so will, Opfer ihrer eigenen Erfolge geworden ist –, was kann man aus dieser Vertragspolitik für die Gegenwart und für die Zukunft lernen?

*Bahr:* Es sind zwei Punkte, die für mich die wichtigsten sind. Erstens: Das Prinzip des Gewaltverzichts zur Veränderung bestehender Grenzen ist ein Schlüsselpunkt, einer, der übrigens auch für Jugoslawien oder den ganzen Balkan gelten muß, wenn man dort eine Stabilitätszone errichten will.

*Gaus:* Haben wir das nicht schon verletzt?

*Bahr:* Jawohl, wir haben es verletzt, und wenn wir über Stabilität nur unter dem Gesichtspunkt von wirtschaftlichen Investments und dergleichen reden, wird das nie etwas werden. Wir müssen zurückkehren zu dem Prinzip des Gewaltverzichts gegenüber den bestehenden Grenzen – egal wer sie gemacht hat – und es ergänzen um die Rechte der Minderheiten auf jeder Seite jeder Grenze. Der zweite Punkt ist: Die Deutschen müssen sich selbst bewegen und ihre Interessen definieren...

*Gaus:* Die jetzt staatlich vereinigten Deutschen...

*Bahr:* Wir haben, bei allen Veränderungen, etwas Unverändertes, nämlich die Geographie. Jawohl, Amerika ist *die* Supermacht geworden. Rußland ist groß geblieben. Beide Mächte sind die einzigen, die sich mit Atomwaffen bedrohen, vielleicht tödlich verletzen können. Das heißt, unter diesem atomaren Schirm gibt es unterschiedliche Interessen, und das Interesse Amerikas ist nicht automatisch gleichbedeutend mit dem deutschen Interesse. Damals, in der Zeit über die wir gesprochen haben, haben die Amerikaner gesagt: Also wenn diese Deutschen versuchen wollen, mit Gewaltverzicht etwas zu machen, dann sollen sie es mal probieren, schaden kann es ja nicht, wir sind immer noch mit unserem Bizeps da.

*Gaus:* Das gilt nach wie vor.

*Bahr:* Ja, aber wenn ich heute den Amerikanern sagen würde: Akzeptiert doch einen Vertrag über Gewaltverzicht, dann würden die sagen: Du hast sie doch wohl nicht mehr alle! Madame Albright sagt heute: Wozu hat man die beste Armee der Welt, wenn man sie nicht benutzen darf?

*Gaus:* Inwiefern sind wir schuld daran, daß es so weit gekommen ist? Was haben wir nach 1990 im Umgang mit den USA falsch gemacht, daß es so weit kommen konnte?

*Bahr:* Na ja, wir haben nicht definiert, daß die Identität Europas für uns den gleichen Rang hat wie die transatlantische Verbindung. Wenn wir sagen: Europa darf nie gegen Amerika, Deutschland darf sich nie vereinzeln und eine eigene Position haben, dann bleiben wir Vasallen. Europa bleibt dann, mit Zbigniew Brzezinski gesprochen, ein Protektorat Amerikas, gelenkt durch die NATO.

*Gaus:* Zugespitzt: Ist das vereinigte Deutschland gegenüber Washington in eine Rolle geraten wie die DDR gegenüber Moskau, mit anderen Umgangsformen?

*Bahr:* Erstens, mit einem anderen Lebensstandard. Zweitens, mit anderen Umgangsformen. Drittens, was den Mut angeht gegenüber dem Freund, mit den gleichen Problemen.

*Gaus:* Jedenfalls nicht unbedingt mutiger. Fehlt uns der Mut, den Honecker bei der Raketenfrage gegenüber Moskau hatte?

*Bahr:* Ja, der war größer als der, den Kohl gegenüber Washington zeigte.

*Gaus:* Was ist vertragspolitisch, außenpolitisch falsch gemacht worden bei der Aufhebung der Teilung Europas?

*Bahr:* Außenpolitisch ist, glaube ich, zur deutschen Einheit alles richtig gemacht worden...

*Gaus:* Um sie herbeizuführen. Nachdem sie herbeigeführt war, nachdem der Ostblock, der Warschauer Pakt sich aufgelöst hatte – was haben wir gemacht? Haben wir erst eine deutsche Selbstbefriedigung gehabt, und Selbstzufriedenheit über die erreichte staatliche Einheit, und danach angefangen, auch einen gewissen deutschen Dünkel zu kriegen, ohne es in Vertragsform zu bringen – Gott sei dank –, aber auch ohne Konsequenzen für das Verhältnis zwischen den USA und Europa zu ziehen?

*„Wir haben versäumt, unsere Interessen zu definieren“*

*Bahr:* Erstens eine Entschuldigung. Wir hatten ja mit der deutschen Einheit einiges zu tun. Und mit der inneren Einheit ist sehr viel schief gelaufen und sind schreckliche Fehler gemacht worden. Zweitens, wir haben versäumt, unsere Interessen zu definieren. Wir haben erlebt, daß Herr Rühle gesagt hat, wir sollen die NATO nach Osten erweitern, was die Amerikaner zuerst überhaupt nicht wollten. Statt dessen haben sie *Partnership for Peace* vorgeschlagen. Bis sie zu dem Ergebnis gekommen sind, wie bei Schmidt seinerzeit und den Mittelstreckenraketen, es sei vielleicht etwas Gutes für sie, die NATO nach Osten zu erweitern.

*Gaus:* Du bist nach wie vor der Meinung, es ist falsch?

*Bahr:* Natürlich ist es falsch. Es bleibt falsch. Es ist bis heute nicht definiert, bis wohin eigentlich die NATO erweitert werden soll.

*Gaus:* Aber Du kannst das nicht zurückdrehen.

*Bahr:* Nein, aber man darf es nicht weiter ausdehnen. Und wir haben statt dessen parallel die NATO-Rußland-Akte, das heißt die Zusammenarbeit, die wirkliche Partnerschaft. Die Philosophie bleibt dieselbe wie damals, vor 30 oder 40 Jahren, nämlich: Haben wir in Europa ein Gefühl, die Gegnerschaft zum Osten zu beenden, durch Partnerschaft und Zusammenarbeit zu ersetzen? Dann darf man nicht drücken und drohen, was jetzt auf beiden Seiten geschieht. Ich bin wirklich beunruhigt, daß wir am Vorabend einer neuen konfrontativen Politik stehen, mit einem neuen Wettrüsten, einer neuen Rüstungsgewalt.

*Gaus:* Zur Vertragspolitik, die Willy Brandt, mit Deiner Hilfe, eingeleitet hat, gehörte die Fähigkeit, ein Überlegenheitsgefühl der Deutschen gegenüber dem Osten abzubauen, zu überwinden – dieses Überlegenheitsgefühl, dieses „Wir sind die, die das richtige System haben, wir sind die, die den höheren Lebensstandard haben, wir sind die, die auf der noch stärkeren Seite stehen als die DDR, die auf Seiten der Sowjetunion steht, wir stehen auf Seiten der USA.“ Also wir sind auf jeden Fall feiner raus – und alte Feindbilder wurden auch wiederbelebt. Wir hatten nachträglich noch recht bekommen in ein paar Dingen, die die Nazis auf ihre Fahnen geschrieben hatten, was „das Reich des Bösen im Osten“ betrifft. Woher soll es kommen, daß wir diesen Fehler nicht noch mal machen?

Ich sage Dir, wenn ich so sehe, was wir bei dem Kosovo-Konflikt für Frontstellungen – politisch und publizistisch – bezogen haben, wie es plötzlich wieder die Bösen gab und die Guten, und wie wir genau wußten, wer der Böse ist und wer der Gute – bei den Schwierigkeiten, in Rußland zu sehen, wer der Böse ist und wer der Gute! –: Brauchen wir nicht eine Neuaufgabe der Politik, wie Willy Brandt sie gemacht hat?

*Bahr:* Also wir haben ja in dem Beispiel, das Du gerade erwähnt hast, nämlich dem nicht erklärten Krieg gegen Jugoslawien, gezeigt, daß wir vor Rückfällen nicht gefeit sind. Auf der anderen Seite muß ich sehen und sagen, daß die deutsche Regierung die einzige im Bündnis gewesen ist, die entgegen der beschlossenen Strategie des Bündnisses – nämlich im Prinzip: Bomben bis zur bedingungslosen Kapitulation von Belgrad – gewagt hat, einen eigenen 5-Punkte-Plan zu entwickeln. Indem sie dies wagte, hat sie die Russen wieder ins Boot gekriegt, die Akzeptanz durch Peking, und den Schritt vom Wege, den Völkerrechtsbruch ohne Mandat der Vereinten Nationen, nicht repariert, nicht geheilt, aber doch abgedeckt bekommen für diesen 5-Punkte-Plan. Das heißt...

*Gaus:* Sie haben ein bißchen Völkerrecht noch drin gelassen...

*Bahr:* ...Gewaltverzicht, diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges hätte es ohne diese deutsche Bundesregierung nicht gegeben. Ich hoffe, daß sie daraus gelernt haben und mutig bleiben.

*Gaus:* Das Völkerrecht ist sehr oft zur Hure der Machtpolitik gemacht worden. Das Völkerrecht ist eine linguistische Hilfswissenschaft, das heißt, wenn sechs Begriffe verbraucht sind und Dir fällt noch ein siebter Begriff ein und alle einigen sich darauf, dann hast Du einen neuen Völkerrechtsbegriff. Will sagen, das Völkerrecht ist eine sehr schwimmende Größe. Dennoch: Es ist die einzige Möglich-

keit, zwischen den Staaten ein Verhältnis zu begründen, das nicht nur auf der blanken Gewalt beruht.

*Bahr:* Ja.

*Gaus:* Sind wir in der Gefahr, daß wir diesen Vorzug des Völkerrechts verspielen? Wegen eines so kleidsamen wie publizistisch wirkungsvollen Postulats wie „Menschenrecht bricht Völkerrecht“? Gerade die Aufhebung der Ost-West-Teilung in Europa scheint seinen Erfolg zu unterstreichen, wenn man nicht genauer hin guckt, was Menschenrechte sind... Sind wir nicht in der Gefahr, vielleicht aus den allergrößten Idealen, in eine Art zwischenstaatliche Anarchie zu fallen?

*Gaus:* Ja selbstverständlich sind wir in dieser Gefahr. Insbesondere sind wir in der Gefahr, wieder in das Chaos des „gerechten Krieges“ zurückzufallen, wenn wir die Menschenrechte über alles stellen, auch über die Rechte der Staaten und über den Frieden. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts, hat mal Willy Brandt gesagt. Das heißt, das ist für mich überhaupt keine Frage. Die Gefahr, die ich in diesem Punkt sehe, ist, daß Amerika noch nicht klar ist, ob es sich einer Weltordnung anschließen will – wobei Ordnung ja bedeutet, daß es die Regeln der Ordnung akzeptiert – oder freie Hand behalten will, um zu machen, was es in seinem Interesse für richtig hält. Das ist gegen das Interesse Europas. Im Interesse des eigenen Landes und der Identität Europas ist es erforderlich, daß man Amerika Nein sagen muß, wenn man zu diesem Ergebnis kommt.

*Bahr:* Das ist das Ende der NATO.

*Gaus:* Nein, überhaupt nicht. Das ist nur das Ende – ich sag jetzt mal – des Vasallentums oder des Protektorats. Die NATO als Instrument würde ich nicht angreifen, aber die NATO gestattet uns, auch zu sagen, ob wir an einer Aktion teilnehmen. Und die deutsche Regierung sollte sagen: Wir werden uns unter keinen Umständen an irgendeiner Intervention beteiligen ohne Mandat der Vereinten Nationen oder ohne Auftrag der Europäischen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit.

## **Paul Grüninger Preis**

### **Ausschreibung 2001**

Der St. Galler Polizeikommandant Hauptmann Paul Grüninger (1891-1972) rettete in den Jahren 1938/39 mehrere hundert jüdische und andere Flüchtlinge vor der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung. Trotz schweizerischer Grenzsperrung nahm er sie in St. Gallen auf, missachtete die Weisungen des Bundes und übertrat auch Gesetze, um die Flüchtlinge zu schützen. 1939 wurde Paul Grüninger von der St. Galler Regierung fristlos entlassen, 1940 vom Bezirksgericht St. Gallen wegen Amtspflichtverletzung und Urkundenfälschung verurteilt. Er wurde verfeimt und später vergessen. Bis zu seinem Tod lebte er in Armut. Erst in den 90er Jahren haben ihn die St. Galler Regierung, das Bezirksgericht und der Schweizer Bundesrat rehabilitiert.

Zur Erinnerung an Paul Grüninger verleiht die Paul Grüninger Stiftung, St. Gallen, einen Preis für besondere Menschlichkeit und besonderen Mut in der Höhe von 50 000 Schweizer Franken. Er kann an Personen und Organisationen verliehen werden, die sich durch besondere Menschlichkeit, besonderen Mut und besondere Unvoreingenommenheit auszeichnen. Er soll an Personen oder Organisationen verliehen werden, die einen bedeutenden und für sich selber vielleicht riskanten Beitrag geleistet haben, dass Menschen in der Welt frei und in Würde leben können.

Vorschlagsberechtigt sind Einzelpersonen und Organisationen. Begründete und dokumentierte Vorschläge für die Preisvergabe 2001 sind bis spätestens 31. August 2000 zu richten an das

**Sekretariat der Paul Grüninger Stiftung, z.Hd. Paul Rechsteiner, Oberer Graben 44, CH-9000 St. Gallen, e-Mail: paul.grueninger.stiftung@bluemail.ch**